

Emser Zeitung



(Preis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Preis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:

Die einseitige Beilage
oder deren Raum 15 Pf.
Reklamezeile 50 Pf.

Redaktion und Expedition:
Emser, Röhrenstraße 96
Telephon Nr. 7.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 30

Bad Emser, Montag den 5. Februar 1917

69. Jahrgang

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland.

STB. Berlin, 4. Febr. (Neutermelung.) Die Regierung der Vereinigten Staaten haben den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ausgesprochen. Der Präsident Wilson hat dem Kongress davon Mitteilung gemacht. Dem britischen Botschafter Grafen Bernstorff seien die Pässe zugestellt worden. Der amerikanische Botschafter Mr. Gerard sei angewiesen worden, Deutschland zu verlassen. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt hier in amtlicher Stelle noch nicht vor, jedoch wird ihre Richtigkeit nicht bezweifelt.

STB. London, 3. Febr. Das Neutermelung-Büro meldet aus Washington vom 2. Februar: Sofort nach dem Abbruch der Beziehungen, der 2 1/2 Stunden dauerte, begab sich Wilson in aller Eile nach dem Kapitol, um mit dem Vorsitzenden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Stone, zu sprechen.

STB. Washington, 3. Febr. Meldung des Neutermelung-Büros: Wilson erinnerte in seiner Botschaft an den Kongress an die amerikanische Note an Deutschland vom 8. April nach der Torpedierung der Sussex, hierauf an Deutschlands Antwort vom 4. Mai und an die Antwort Amerikas vom 8. Mai, in der die deutschen Zusicherungen angenommen wurden. Wilson sagte, Deutschland habe diese Note nicht beantwortet. Hierauf zitierte Wilson aus dem deutschen Memorandum vom 31. Januar und sagte:

Angesichts dieser Erklärung, die plötzlich und ohne vorherige Andeutung irgendwelcher Art vorzüglich die formellen Versicherungen, die in der deutschen Note vom 4. Mai gegeben wurden, zurückzieht, bleibt der Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl, die sich mit der Würde und der Ehre der Vereinigten Staaten vereinbaren lässt, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 8. April für den Fall ankündigte, daß Deutschland seine U-Boot-Methode nicht aufgeben wollte. Ich beauftragte deshalb Botschafter Bernstorff mitzuteilen, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen sind, daß der amerikanische Botschafter in Berlin sofort abberufen werde und daß Bernstorff die Pässe ausgehändigt werden.

Dieses unangekündigte Vorgehen der deutschen Regierung und dieses plötzlichen tiefbedauerlichen Wiedereintritt unserer Regierung gegebener Versicherungen in einem Augenblick der kritischsten Spannung in den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Beziehungen weigere ich mich zu glauben, daß die deutschen Behörden tatsächlich das zu tun beabsichtigen, wozu sie sich, wie sie uns bekannt gegeben haben, berechtigt halten. Ich bringe es nicht über mich zu glauben, daß sie auf die alte Freundschaft der beiden Völker oder auf ihre formellen Verpflichtungen keine Rücksicht nehmen und in mutwilliger Durchführung eines unüberlegten Flottenprogramms amerikanische Schiffe und amerikanisches Vermögen vernichten werden. Nur wirkliche offensichtliche Tatsachen von ihrer Seite können mich das glauben machen. Wenn mein eingetragenes Vertrauen in ihre Besonnenheit und ihre kluge Umsicht sich unglücklich als unbegründet herausstellen sollte, wenn amerikanische Schiffe und amerikanisches Leben in nachlässiger Uebertretung des Völkerrechts und der Gebote der Menschlichkeit geopfert werden, so werde ich den Kongress um die Ermächtigung erlangen, die Mittel anzuwenden zu können, die notwendig sind, um unsere Seeleute und Bürger bei der Verfolgung ihrer friedlichen Unternehmungen auf dem offenen Meere zu schützen. Ich kann nicht weniger tun, ich nehme als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden. Wir wünschen keinen kriegerischen Konflikt (wörtlich: hostile Conflict) mit der deutschen Regierung. Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes und wünschen ernstlich den Frieden mit der deutschen Regierung zu erhalten, die sein Sprachorgan ist. Wir werden nicht glauben, daß sie uns feindlich gesinnt sind, außer wenn es jenseits kommt, daß wir es glauben müssen, und wir beabsichtigen nichts anderes als eine vernünftige Verteidigung der ungeschwächten Rechte unseres Volkes. Wir haben keine ungeschwächten Rechte. Wir suchen nur den vollen Grundgesetz unseres Volkes treu zu bleiben, unser Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein unbelästigtes Leben zu schützen. Das sind Grundlagen des Friedens, nicht des Krieges. Möge es Gott fluchen, daß wir nicht durch Akte vorzüglicher Unge-

rechtigkeit von Seiten der Regierung Deutschlands dazu herausgefordert werden, sie zu verteidigen.

STB. Washington, 3. Febr. Meldung des Neutermelung-Büros. Es verlautet, daß in der Konferenz auf dem Kapitol sowohl Wilson als auch der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Stone, und Senator Lewis der Ansicht waren, daß ein sofortiger Bruch mit Deutschland nicht gerechtfertigt wäre. Man wolle annehmen, daß Deutschland nicht beabsichtigt, Amerikaner oder ihr Eigentum zu gefährden. Außerdem wird einem hiesigen Blatte aus London gemeldet: Die deutsche Drohung hat an der Ausfahrt der englischen Schiffe nichts verändert. Viele Amerikaner belegten Plätze für die Heimreise. Amerikanern, die bei ihrer Botschaft Erkundigungen einzogen, wurde versichert, daß genug Schiffe vorhanden seien, um sie nach Hause zu befördern, was immer auch geschehen werde. Bei der White Star Linie werden Plätze belegt, zumal da die Ausfahrt des Holland-America-Dampfers auf bestimmte Zeit verschoben worden ist. Im Dienste der White Star Linie tritt keine Änderung ein.

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg.

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg hat begonnen: die letzte entscheidende Phase des Weltkrieges ist damit eröffnet. Durch das Empfinden des deutschen Volkes brach wieder der Strom des von allen Kräften getragenen Willens zum Sieg wie in den ersten Tagen des Krieges. Der Stoß gegen England wird nun geführt; gegen England, in dem das Gefühl des oft mit einem halbwayen Schlagwort unpolitisch gescholtenen Deutschen längst das beherrschende Haupt des feindlichen Verbandes erkannt hat.

Die Frage, ob die Waffe des U-Boot-Krieges ohne die bisher beobachteten Einschränkungen angewendet werden sollte, hat die Gemüter im Laufe des Krieges viel bewegt. Die letzten Gründe des Für und Wider konnten naturgemäß lediglich einem kleinen Kreise von Personen bekannt sein. Angesichts des nun von den maßgebenden Stellen geäußerten Entschlusses hat die U-Boot-Frage aufgehört eine politische zu sein. Sie ist eine ausschließlich militärische geworden. Es ist die heilsame Eigenheit des Krieges, daß alle die jeweilige Lage Interesse und Lebensrecht hat; die Entscheidung verjüngt, einmal getroffen, alles zur einmütigen Entschlossenheit.

Das Deutsche Reich und seine Verbündeten haben der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör verschaffen wollen. Ihr Friedensangebot war der laute Ausdruck des Empfindens in einem Volke, das nie an „Alexandre“, an Eroberung, an gewalttätige Verrückungen lästigen Wettbewerbs gedacht, das seinen Aufstieg in freier, friedlicher Entwicklung seiner Kräfte inmitten der Völker zu nehmen gewünscht hat. Vor der Antwort, die der feindliche Verband uns und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erteilt hat, gibt es keinen Zweifel mehr über die Absichten der Gegner. Daß es ohne ihren Sieg, also ohne die gescheiterte Niederlage der Mittelmächte, ohne Rücksicht auf die dazu erforderlichen Ströme Blutes keinen Frieden geben sollte, haben England, Italien, Frankreich, England unzweideutig ausgesprochen. Dem Deutschen Reich sollen Elbschlachten, Posen, Nord-Schleswig, wenn nicht noch mehr genommen, Österreich soll zerhackt werden, die Türkei ihres europäischen Besitzes beraubt werden. Ja der Verleumdung, man wolle „die deutschen Völker“ am Leben lassen, liegt schon angedeutet, daß das Deutsche Reich wieder in seine einzelstaatlichen Bestandteile zerfallen müsse, um in der politischen Verfassung vergangener Jahrhunderte die den gegnerischen Mächten genehme Rolle der Ohnmacht zu spielen. Die Hoffnung auf ehrliche und friedliche Verständigung ist zu Grabe getragen; niemand kann mehr bestreiten, daß die Mittelmächte um ihr Leben kämpfen.

Wir wenden nun im Stande gerechter Notwehr die Waffe an, die in England selbst immer wieder als die gefährlichste, ja als die einzig wirklich gefährliche besprochen worden ist; und wir wenden sie uneingeschränkt an, wie es ihrem Wesen und den Bedingungen ihrer Wirksamkeit entspricht. Gegen die englische Kriegsgebietserklärung, die die ganze deutsche Nordseeküste einschließlich der angrenzenden Gewässer längs der neutralen Küsten Hollands und Dänemarks als für jede, auch die neutrale Schifffahrt gefährlich sperrt, setzen wir die Kriegsgebietserklärung aller Gewässer längs der feindlichen Küsten. Das ist neues Völkerrecht. England hat seit dem Kriege verkündet, daß neue Völker-

rechte des Seekrieges neues Völkerrecht begründeten, und die Vereinigten Staaten haben das anerkannt. Es schafft sich auch das U-Boot sein neues Recht.

Man hat uns eingewandt, der U-Boot-Krieg verleihe höhere Gesetze der Menschlichkeit. Das erweist sich durch die einfache Ueberlegung, daß die feindliche und neutrale Schifffahrt genügend getrennt ist, das Kriegsgebiet zu befeuern, und daß kein Seemann sich beschweren darf, der zu Schaden kommt, weil er aller Warnung zum Trotz für unsere Feinde sich in Gefahr begibt. Wir wenden unsere Waffe an, um dem furchtbaren Blutvergießen ein Ende zu machen. Was sollten unsere deutschen Soldaten, die im Trommelfeuer liegen, von einer Menschlichkeit denken, die ihnen eine unabsehbare Fortdauer des furchtbaren Ringens anrätete, um eine verschwindende Anzahl fremder Seeleute zu schonen, die sich um unsere Warnungen nicht kümmern?

England lehnt die „Freiheit der Meere“ ab, die in der letzten Note des Präsidenten Wilson als ein Ziel seiner Friedensidee aufgestellt war. Nicht ein Blatt der „Times“, sondern die „gemäßigten“, „Westminster Gazette“ ist es, die am 24. Januar schrieb, das unbordenliche, auf Jahrhunderte alter Uebung beruhende Recht englischer Seekriegsführung gegen den feindlichen Handel könne sich England nicht entwenden lassen. Nun wird England in die Lage kommen, für sein Ideal, die uneingeschränkte und rücksichtslose Vorherrschaft zur See, die es mit allen Mitteln raffinierten Zusammenwirkens seiner Flottenmacht, politischen Drucks auf die Neutralen, der Schwarzen Listen, der Handels-spieltage auszubringen als sein Kulturinteresse betrachtet, den letzten entscheidenden Gang zu wagen. Gegen den blickenden Marinismus, der die Völker unter sein Joch zwingen will, ziehen unsere U-Boote in den Kampf!

Leidet wird der Kampf nicht sein, alle Mittel wird der Gegner an allen Enden einsetzen, aber am Ende des Kampfes steht der Sieg. Schon leistet der den Engländern verbliebene Frachtraum nicht mehr, was ihr militärischer und wirtschaftlicher Bedarf braucht. Die Weltwirtschaft gefährdet die Versorgung Englands, Frankreichs, Italiens auf das äußerste, die Teuerung ist in England auf vielen Gebieten schon schlimmer als bei uns, und die Not lauert dahinter. Was England an Kriegsmaterial bezieht, was es darin und an Kohle, dem täglichen Brot des wirtschaftlichen Lebens, seinen Verbündeten schickt, führt unter ständiger schwerer Gefahr durch Kriegsgebiete.

„Wenn Deutschland imstande ist, England mit seiner Unterseekriegswaffe schwer genug zu treffen, bevor die Werkstätten der Schiffe zum Lebensmitteltransport herstellen können, oder bevor unser Land diese Lebensmittel selbst herzubringen imstande ist, dann ist es möglich, daß der Verband, der sich gegen den Kaiser und seine Genossen gebildet hat, sich lockern wird, und daß Deutschland einen Frieden erhält, der ihm manches von dem, was es verlangt, bringt.“ So kennzeichnete ein führendes englisches Blatt („Journal of Commerce“) am 18. Januar die dem Inselreich drohende Gefahr. Unsere Marine hat natürlich alle Faktoren und Möglichkeiten in Rechnung gestellt und sorgsam erwogen, und sie geht im Vollgefühl ihrer Kraft, mit freudiger Offensive an die neue Aufgabe heran: das Herz Englands zu treffen.

Die Wut unserer Feinde.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die englische Presse antwortet auf unsere U-Boot-Note mit Wutausbrüchen, die vom Meere aus in alle Welt verbreitet werden. Mit der Heuchelei, die für die englische Bearbeitung der Öffentlichkeit so bezeichnend ist, wird in den Vordergrund geschoben, daß Deutschland auch den Verkehr der Hospitaltschiffe unterbinde. Daß diese Maßregel durch den Mißbrauch der Hospitaltschiffe notwendig geworden ist, wird natürlich unterschlagen. Mit größtem Nachdruck verlangt die englische Presse nach den von Meere weitergegebenen Meldungen Vergeltungsmaßnahmen. „Globe“ z. B. fordert die Erschießung gefangener deutscher Offiziere für den Fall eines Angriffes auf ein sogenanntes Hospitaltschiff. Die „Westminster Gazette“ bemerkt mit besonderer Feinheit: „Was auch unsere Gegenmaßnahmen sein werden, sie werden sich nicht gegen Verwundete richten.“ Im übrigen nimmt die englische Presse darin überein, daß eine sehr schreckensvolle Phase des Krieges bevorsteht. Möge sie ihre Schuld daran bei denen suchen, die durch die Ablehnung unseres Friedensangebots die Verantwortung trifft. Mit sorgfältiger Auswahl, wie es scheint, hat Meere sodann aus der amerikanischen Presse alles zusammengestellt, was an Zeichen gegen Deutschland vorliegt und einen Bruch mit Deutschland

Der preussische Staat hat sich bisher mit der Versorgung des Staatsgebiets mit elektrischer Kraft nur Nebenbetrieb von Anlagen abgegeben, die anderen Zwecken dienen. So sind solche elektrische Kraftwerke zur Verwertung der Kraft der Gezeitenperrre und der Anlagen am Main errichtet worden. Weiter soll das Kraftwerk, welches den elektrischen Strom für die Berlin- und Stadtbahn zu liefern bestimmt ist, auch zur Versorgung der Provinz Brandenburg mit elektrischer Kraft nutzbar gemacht werden. Nach den Mittheilungen, welche Minister des Innern, Herr von Juchacz im Ausschuss des Abgeordnetenhauses gemacht hat, dürfte eine Erweiterung der Betätigung des Staates auf diese Gebiete in naher Aussicht stehen, und zwar wird es ob der Staat nicht die Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft selbst zu seiner Aufgabe machen soll, vor im Interesse der Versorgung derjenigen Landestheile, deren die Entwicklung und Verwendung der Elektrizität noch im Nulzustande ist. Die Betätigung des Staates bei so gedacht, daß er ausschließlich die elektrischen Kraft erzeugen soll, während die Vertheilung, sei es privater, sei es der kleineren kommunalen Verbänden obliege würde. Voraussichtlich wird der Landtag noch in der nächsten Tagung des Landtages mit einer Vorlage betreffen die Errichtung eines staatlichen Kraftwerkes bei Hannover befaßt werden. Ist an sich schon die Annahme berechtigt, solche große Zentralkraftwerke den elektrischen Strom in größerer Menge liefern können als die zahlreichen kleineren Werke, welche sich jetzt damit befassen, so steht eine Verbilligung elektrischen Stromes in sicherer Aussicht, sobald die gegenwärtig betriebenen Verfahren, die zur Erzeugung benötigten Brennstoffe nicht direkt, sondern mittels Vergasung zu verwerten, zum Abschluß gelangt. Dieses Verfahren soll den Vorrang haben, daß die verschiedenen Nebenenergien, wie Ammoniak und Oel verschiedene

